



PRESSEBERICHT

MARITIME HOUSE
OLD TOWN
CLAPHAM
LONDON, S.W.4

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, FRANZÖSISCH, SPANISCH UND SCHWEDISCH
NACHDRUCK UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.) GESTATTET

Nr. 20

1. Oktober 1951

EISENBAHNER

INTERNATIONAL

Auch die skandinavischen Eisenbahner verurteilen Peron

(ITF) Auf dem Kongress der skandinavischen Eisenbahner-Union, der am 27. und 28. August 1951 in Imatra, Finnland, stattfand, nahmen die Delegierten einen Bericht entgegen über die Besprechungen und Beschlüsse der Utrechter Eisenbahnerkonferenz der I.T.F. über die Ergreifung der argentinischen Gewerkschaft des Lokpersonals "La Fraternidad" durch Peron.

Der Kongress nahm einstimmig eine Entschliessung über die Lage der Eisenbahner in Argentinien an. Sie lautet:

"Der am 27. und 28. August 1951 in Imatra tagende Kongress der skandinavischen Eisenbahner-Union, auf dem rund 125.000 dänische, norwegische, schwedische und finnische Eisenbahner vertreten sind, unterstützt mit Nachdruck die Entschliessung der Internationalen Eisenbahnerkonferenz in Utrecht vom 13. bis 17. August 1951, die u.a. erklärt,

dass die Konferenz mit Bedauern davon Kenntnis genommen hat, dass General Peron die seit 70 Jahren bestehende Gewerkschaft des argentinischen Lokpersonals "La Fraternidad" der letzten Spuren ihrer Freiheit beraubt hat, und

dass die Konferenz nachdrücklich gegen diesen neuen Beweis der diktatorischen Tendenzen des Peron-Regimes protestiert, und

dass die Konferenz ihrer Sympathie und Solidarität mit den schwergeprüften Leitern und Mitgliedern der "Fraternidad" Ausdruck gibt.

Der Kongress der skandinavischen Eisenbahner-Union erklärt, dass die vertretenen Gewerkschaften alles in ihrer Macht Stehende tun werden, um dafür zu sorgen, dass die Schritte der I.T.F. zur Wiedergewinnung der Freiheit und Unabhängigkeit durch die argentinischen Eisenbahner dazu führen werden, dass die argentinischen Eisenbahnergewerkschaften wiederum den ihnen zukommenden Platz in der internationalen Gewerkschaftsbewegung einnehmen können.

GROSSBRITANNIEN

Ablehnung des Gegenvorschlages der Eisenbahnverwaltung auf die Lohnforderungen der Gewerkschaften

(I.T.F.) Die drei bei der I.T.F. angeschlossenen britischen Eisenbahnergewerkschaften haben am 28. August auf einer gemeinsamen Versammlung das Lohnangebot der britischen Eisenbahnverwaltung abgelehnt (siehe auch Pressebericht Nr. 19 vom 17. September 1951).

Die Verwaltung hatte sich anerbunden, die Wochenlöhne um 4s.6d. bis 15s., gewisse Jahresgehälter jedoch um einen Betrag von bis zu £50 zu erhöhen. Eine Sonderentschädigung für Dienstleistungen an Sonnabendnachmittagen war ebenfalls in dem Angebot enthalten.

Nach den Schätzungen des britischen Landesverbandes der Eisenbahner entspricht der Gegenvorschlag der Verwaltung einer durchschnittlichen Erhöhung der Löhne und Gehälter der 450.000 Bediensteten um 5 %. Die drei Gewerkschaften hatten eine allgemeine Erhöhung von 10 % gefordert.

Der Generalsekretär des Landesverbandes der britischen Eisenbahner übte am 16. September in einer Ansprache an eine Eisenbahnerversammlung scharfe Kritik an der Haltung der Eisenbahnverwaltung und erklärte, die Gewerkschaft könne "solche erbärmlichen Erhöhungen" nicht annehmen. Die Zeiten seien vorbei, da die Eisenbahner nicht streiken konnten. Die Gewerkschaft werde nicht länger zusehen, wie ihre Mitglieder "mit Verachtung" behandelt würden.

Der Generalsekretär der Gewerkschaft führte weiter aus, dass die von den Gewerkschaften geforderte Erhöhung von 10 % als ein absolutes Minimum zu betrachten sei. Es gehe darum, die Erhöhung der Lebenshaltungskosten auszugleichen und die Eisenbahnerlöhne den in anderen Wirtschaftszweigen gezahlten Löhnen anzupassen.

Am 18. September fand eine weitere Aussprache über die gewerkschaftlichen Forderungen und das Gegenangebot der Verwaltung statt. Die Vertreter der Verwaltung erklärten, diese sei nicht bereit, das ursprüngliche Angebot zu verbessern. Am 21. September kamen die beiden Parteien alsdann überein, die Lohnforderung der Gewerkschaften auf schiedsgerichtlichem Wege zu regeln.

INDIEN

Fortschritte in der Auseinandersetzung der Gewerkschaft mit der Verwaltung

(ITF) Der Vorsitzende des Allindischen Eisenbahnerverbandes (ein Mitgliedsverband der I.T.F.) erklärte am 16. September in Madras, dass zwischen der Gewerkschaft und dem Eisenbahnministerium eine "vorläufige Vereinbarung" über drei von fünf Hauptfragen, welche den Gegenstand der gegenwärtigen Auseinandersetzung auf den indischen Eisenbahnen bilden, erzielt worden sei.

Bei den drei Punkten handelt es sich um:

- a) Die Errichtung ständiger Verhandlungsorgane auf verschiedenen Ebenen, vom Distrikt aufwärts bis zu der Eisenbahnverwaltung;
- b) Die Errichtung eines ständigen Schiedsgerichtes zur Schlichtung von Streitfällen zwischen dem Eisenbahnerverband und der Regierung;
- c) Die Schaffung von Organen zur Behandlung von betrieblichen Fragen wie z.B. Disziplinarstrafen, Entlassungen oder Aufrücken.

Der Vorsitzende des Allindischen Eisenbahnerverbandes erklärte, dass die Regierung, wenn sie die Entscheidungen dieser Organe unannehmbar findet, die Möglichkeit hat, sich an das Parlament zu wenden, das einen endgültigen Entscheid treffen wird. Mit Bezug auf die Teuerungszulagen sagte der Vorsitzende, dieses Problem würde wahrscheinlich auf langfristiger Grundlage gelöst werden. Es sei möglich, dass ein Teil der Teuerungszulage in den Grundlohn eingebaut würde. Wie er jedoch hinzufügte, liegt ein endgültiger Beschluss noch nicht vor. Die Leiter des Verbandes forderten, dass die Frage der Teuerungszulagen jetzt geregelt wird, wenn auch nur in vorläufiger Weise.

ITALIEN

24-stündiger Streik der italienischen Eisenbahner

(ITF) Am 19. September führten alle drei italienischen Gewerkschaftsbünde einen 24-stündigen Streik des Staatspersonals durch. Es handelte

sich um den Protest gegen die Weigerung der Regierung, die Forderungen der Gewerkschaften des Staatspersonals zu erfüllen. Kennzeichnend für diesen Streik war, dass die Eisenbahner, die sich an den früheren Streiks des Staatspersonals nur durch einstündige Arbeitsniederlegungen beteiligt hatten, für den ganzen 24-stündigen Zeitraum in den Ausstand traten. Obschon die wichtigsten Zugverbindungen vom Streik nicht berührt wurden und die Regierung Vorkehrungen für die Durchführung des Verkehrs mit Auto bussen getroffen hatte, soll der Eisenbahnerstreik ernsthafte Auswirkungen gehabt haben.

ARBEITER IM STRASSENVERKEHR

FRANKREICH

Pariser Taxichauffeure protestieren gegen ärztliche Untersuchungen

(ITF) 11.000 Pariser Taxichauffeure haben an einem 24-stündigen Streik teilgenommen, der von allen beteiligten Gewerkschaften ausgerufen worden war.

Die Arbeitsniederlegung, die am 20. September um 06.00 Uhr in der Frühe begann, war ein Protest gegen eine kürzlich eingeführte polizeiliche Vorschrift, welche periodische ärztliche Untersuchungen für Taxichauffeure vorsieht. Die Taxichauffeure haben sich dieser Vorschrift schon seit ihrer ersten Bekanntgabe im Juni dieses Jahres widersetzt.

Die Taxichauffeure verlangen, dass ein vom französischen Arbeitsministerium auszustellendes Gesundheitszeugnis an die Stelle der vorgeschlagenen periodischen Untersuchungen treten soll. Ausserdem fordern sie, dass Chauffeuren, die wegen ungenügender Gesundheit ihren Beruf aufgeben müssen, eine andere Arbeit garantiert wird.

GROSSBRITANNIEN

Lohnforderungen des britischen Autobuspersonals

(ITF) Am 18. September fand in London eine Zusammenkunft zwischen Vertretern der Londoner Transportverwaltung und des bei der I.T.F. angeschlossenen britischen

Transportarbeiterverbandes statt, um eine gewerkschaftliche Forderung nach beträchtlichen Lohnerhöhungen für rund 58.000 Angestellte im Londoner Autobus-, Strassenbahn- und Trolleybusverkehr zu besprechen.

Auf dieser Zusammenkunft anerkent sich die Londoner Verkehrsverwaltung, die Löhne des Autobuspersonals um 7s. in der Woche zu erhöhen, ein Angebot, das von den Gewerkschaften als nicht ausreichend

abgelehnt wurde. Eine weitere Zusammenkunft zwischen den Gewerkschafts- und Verwaltungsvertretern soll in Kürze stattfinden.

Wie wir früher berichtet haben, wurde ein ähnliches Angebot der privaten Strassenverkehrsunternehmungen am 30. August vom britischen Transportarbeiterverband im Namen von 90.000 Autobuslenkern, Schaffnern und Wartungsarbeitern abgelehnt.

Beide Gruppen der Arbeitnehmer im Personenverkehr fordern Lohnerhöhungen, die mindestens denjenigen entsprechen, welche das Personal der städtischen Autobus- und Eisenbahnbetriebe im August erhielt. Es handelt sich um 7s.6d. bis 11s. pro Woche.

ÖSTERREICH

Die Wiener Taxichauffeure eröffnen den Kampf um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage

(ITF) Die Wiener Taxichauffeure, die bisher die am schlechtesten organisierte Gruppe der österreichischen Transportarbeiter waren, haben gemeinsam mit der bei der I.T.F. angeschlossenen Gewerkschaft der Be-

diensetzten im Handel, Transport und Verkehr den Kampf um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage aufgenommen.

Dieser Beschluss erfolgte auf einer stark besuchten Versammlung der Wiener Taxichauffeure, die von der österreichischen Gewerkschaft der Bediensteten im Handel, Transport und Verkehr auf den 13. August einberufen worden war.

Auf dieser Versammlung berichtete der Zentralsekretär der Gewerkschaft, wie die Unternehmer im Taxigewerbe das 5. Lohn- und Preisabkommen auslegen wollen. Auf Grund dieses Abkommens schlugen die Unternehmer vor, den Garantielohn von 117 Schilling auf 151 Schilling wöchentlich zu erhöhen. Zur Rechtfertigung dieser geringen Erhöhung werde angeführt, dass der Tarif der Wiener Taxis am 1. August erhöht worden sei und der Verdienst der Chauffeure sich daher ebenfalls erhöht habe.

Die Taxichauffeure lehnen diesen Standpunkt nachdrücklich ab und erklären, dass die Erhöhung des Tarifes ihnen nicht etwa geholfen, sondern zu einem Rückgang der Einnahmen geführt habe, weil nun noch weniger Leute sich die Benutzung eines Taxis leisten können. In einem 12-Stundentag nimmt ein Taxichauffeur durchschnittlich höchstens 60 bis 100 Schilling ein, wovon er nur 27 % erhält.

Tatsächlich ist die Lage der Wiener Taxichauffeure in der letzten Zeit so verzweifelt geworden, dass viele unter ihnen es sich nicht mehr leisten können, ein Paar Schuhe flicken zu lassen. Viele Chauffeure sind gezwungen, 18 bis 20 Stunden im Tag am Steuer zu bleiben, um das Lebensnotwendigste für sich und ihre Familien zu verdienen.

Zum Schluss der Versammlung wurde aus der Mitte der anwesenden Taxichauffeure ein fünfgliedriges Komitee von Gewerkschaftsmitgliedern gewählt, das sich gemeinsam mit der Gewerkschaft für eine Besserstellung der Taxichauffeure einsetzen und mit den Unternehmern Verhandlungen führen wird. Wenn einmal die gewerkschaftliche Organisierung der Wiener Taxichauffeure weiter fortgeschritten ist, soll innerhalb der Gewerkschaft eine besondere Sektion für sie gebildet werden.

HAFENARBEITER

BELGIEN

Einführung eines neuen
Arbeitsunfallgesetzes

(ITF) Die belgischen Hafendarbeiter befinden sich unter denjenigen Arbeitnehmern, die aus dem neuen belgischen Arbeitsunfallgesetz, das am 15. Oktober in Kraft treten wird, besonderen Nutzen ziehen werden. Das Gesetz enthält Bestimmungen zur Sicherung der besonderen Interessen der Hafendarbeiter, welche das Ergebnis langer Bemühungen der Hafendarbeitersektion des bei der I.T.F. angeschlossenen belgischen Hafendarbeiterverbandes um die Revision des bisherigen Gesetzes sind.

Bei vorübergehender totaler Arbeitsunfähigkeit nach einem Arbeitsunfall erhält der Arbeitnehmer in Zukunft 80 % (früher 50 %) des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Diese Entschädigung wird vom ersten Tage nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit an gezahlt. Der Betrag (Lohn und Entschädigung zusammengenommen) für den Unfalltag darf nicht weniger als der normale Tagesverdienst sein.

Wenn nach 28 Tagen, die vom 1. Tage nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit an gerechnet werden, die vorübergehende Arbeitsunfähigkeit immer noch total ist, wird die tägliche Entschädigung vom 29. Tag an auf 90 % (früher 66 2/3 %) des durchschnittlichen Tagesverdienstes erhöht.

Bei dauernder Arbeitsunfähigkeit tritt eine jährlich gezahlte Entschädigung bis 100 % (früher 66 2/3 %) je nach dem Grad der Arbeitsunfähigkeit (total oder teilweise) an die Stelle der vorübergehenden Zahlung von dem Tage an, an dem dauernde Arbeitsunfähigkeit festgestellt wird.

GROSSBRITANNIEN

Einsetzung eines Ausschusses im Lohnstreit der
Londoner Leichterbesetzungen

(ITF) Rund 4.500 Londoner Leichter- und Schlepperarbeiter, die seit 17. September "Nach Vorschrift" gearbeitet hatten (ein Mittel, passiven Widerstand zu leisten), um ihre Lohnforderungen zu unterstützen, nahmen am 21. September um 06.00 Uhr in der Frühe die Arbeit normal wieder auf, nachdem das britische Arbeitsministerium einen Untersuchungsausschuss mit der Abklärung ihrer Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern beauftragt hatte.

Die Leichterbesetzungen, die eine eigene Gewerkschaft besitzen, fordern eine Lohnerhöhung von £1 pro Woche für 2.500 Arbeitnehmer, sowie eine Sonderzulage von 1s.6d. pro Tag für alle am Streitfall beteiligten Arbeiter.

U. S. A.

Hafendarbeitergewerkschaft
eröffnet Lohnverhandlungen

(ITF) Vertreter der bei der I.T.F. angeschlossenen "International Longshoremen's Association" trafen am 10. September in New York mit Leitern der Stauereifirmen zusammen, um Besprechungen über einen neuen Arbeitsvertrag aufzunehmen. Die Hafendarbeitergewerkschaft hatte den geltenden Vertrag auf den 30. September gekündigt.

Die Hafendarbeitergewerkschaft fordert eine Lohnerhöhung von 12½ %, einen garantierten 8-Studentag mit nur einmaligem "Ausgucken", sowie grössere Arbeitgeberbeiträge an die Wohlfahrtskasse der Gewerkschaft.

Es soll ein neuer Vertrag mit zweijähriger Laufzeit abgeschlossen werden, der diese Forderungen verwirklicht.

Die gewerkschaftlichen Forderungen, die vom Landeskongress der "International Longshoremen's Association" im August besprochen wurden, betreffen rund 65.000 Hafentarbeiter der U.S.A. Die geforderte Lohnerhöhung von 12½ % entspricht einer Erhöhung des Stundenlohnes auf \$2,25.

Nach den Bestimmungen des geltenden Vertrages müssen die Hafentarbeiter sich zweimal täglich zur Arbeit stellen, wobei ihnen der Lohn von 4 Stunden garantiert ist. Bei einmaligen "Ausgucken" müssen die Arbeitgeber den Lohn für volle 8 Stunden garantieren. Die dritte Forderung betrifft eine Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge an die Wohlfahrtskasse von 3 3/4 Cent auf 10 Cent pro Mann und Arbeitsstunde.

Weitere Forderungen betreffen 12 bezahlte Feiertage im Jahr einschl. Karfreitag, eine Woche Urlaub nach 500 Arbeitsstunden, anstatt nach wie bisher 800 Stunden und die Errichtung von Unfallstellen auf jedem Kai.

SEELEUTE

CHILE

Erfolgreicher Abschluss eines Generalstreiks der Seeleute und Hafentar- arbeiter

(ITF) Der Generalstreik, der Ende August von dem bei der I.T.F. angeschlossenen chilenischen Hafentarbeiter- und Seeleuterverband ausgerufen wurde, ist mit einem vollen Erfolg für die chilenischen See-

leute und Hafentarbeiter abgeschlossen worden.

Der Streik, der, wie wir in der letzten Nummer des Presseberichtes meldeten, am 29. August aus Protest gegen die Untätigkeit der Regierung in bezug auf die Probleme der Löhne und der Sozialversicherung von Hafentararbeitern und Seeleuten begann, war in seinem ersten Teil gekennzeichnet durch den Versuch der chilenischen Regierung, durch Gewaltmassnahmen den Streik zu brechen und den Verband der Seeleute und Hafentarbeiter zu zerschlagen.

In Valparaiso und verschiedenen anderen chilenischen Häfen wurde der Ausnahmezustand verhängt, Gewerkschaftsfunktionäre, Hafentararbeiter und Seeleute wurden in grosser Zahl verhaftet und die Regierung unternahm vergeblich den Versuch, den Hafenbetrieb durch den Einsatz von Truppen aufrechtzuerhalten. In letzterer Hinsicht scheint die Regierung besonders wenig erfolgreich gewesen zu sein, denn offenbar erwies sich das chilenische Militär noch ungeschickter als dies gewöhnlich bei berufsunkundigen Streikbrechern der Fall zu sein pflegt.

Auf jeden Fall aber waren alle Bemühungen der Regierung nutzlos angesichts der Entschlossenheit unseres chilenischen Mitgliedsverbandes, den Streik bis zum erfolgreichen Ende weiterzuführen. In dieser Entschlossenheit wurde er nachdrücklich unterstützt durch die Arbeiter in anderen chilenischen Wirtschaftszweigen, während die Drohung eines Generalstreiks aller Arbeiter des Landes viel dazu beitrug, dass die Regierung ihre Haltung und Methoden änderte.

Kurz danach unterbreitete der Präsident der chilenischen Republik dem Streikausschuss des Verbandes der Seeleute und Hafentararbeiter Vorschläge zur Beilegung des Streitfalls, die von letzteren angenommen wurden und zum Abbruch des Streiks am 12. September führten.

Die Hauptpunkte der Vereinbarung lauten:

- a) Die Regierung verspricht, alle Hafendarbeiter und Seeleute provisorisch zu registrieren zur Vorbereitung einer Neuklassifizierung, welche die Regierung im Laufe der nächsten zwei Monate durchführen wird. Sie hat auch versprochen, dass im selben Zeitraum das Parlament den Entwurf des Sozialversicherungsgesetzes für Seeleute und Hafendarbeiter verabschieden wird.
- b) Jede Massregelung der Streikteilnehmer unterbleibt. Diejenigen, die im Laufe des Streiks verhaftet wurden, sind bereits wieder auf freien Fuss gesetzt worden.

FRANKREICH

Ratifizierung von zwei Seattle-Uebereinkommen

(ITF) Frankreich hat durch Gesetz Nr. 51-1071 vom 7. September folgende zwei Uebereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation

ratifiziert:

- Nr. 92: Unterkunft der Besatzungen (revidiert), 1949
- Nr. 91: Bezahlter Urlaub für Seeleute (revidiert), 1949.

IRLAND

Beginn von Verhandlungen im Streik der irländischen Seeleute

(ITF) Am 18. September begannen in irländischen Landesausschuss für die Seeschifffahrt Besprechungen zur Beilegung eines am 30. August ausgelösten Streiks, an dem 2.000 Seeleute

und Hafendarbeiter beteiligt sind. An der Versammlung nahmen teil die bei der I.T.F. angeschlossenen irländische Seeleute- und Hafendarbeitergewerkschaft, der Verband der irländischen Reedereien und der irländische Gewerkschaftsbund.

Wie wir bereits gemeldet haben, erfolgte die Auslösung des Streiks, nachdem ein irländisches Arbeitsgericht das Angebot der Reeder auf Erhöhung der Wochenlöhne um 9s.4d. bestätigt hatte. Dieses Angebot war schon vorher von der irländischen Seeleute- und Hafendarbeitergewerkschaft, die eine Erhöhung des Wochenlohnes um 32s.6d. fordert, abgelehnt worden.

Nach den letzten Berichten wird gegenwärtig eine Abstimmung unter den Mitgliedern der irländischen Seeleute- und Hafendarbeitergewerkschaft durchgeführt über Vorschläge für eine Beilegung des Streitfalles, welche eine Erhöhung der Grundlöhne, Leistungsprämien und Dienstalterszulagen in Höhe von zusammen £3.10.0. pro Monat vorsehen.

U. S. A.

Neue Forderungen der Gewerkschaft der Kapitäne, Steuerleute und Lotsen

(ITF) Die amerikanische Gewerkschaft der Kapitäne, Steuerleute und Lotsen (ein Mitglied der I.T.F.) führt gegenwärtig in New York Verhandlungen mit Reedern der Atlantik- und Golf-

küste über einen neuen Tarifvertrag, der beträchtliche Verbesserungen in bezug auf Heuern, Arbeitszeit und Urlaub bringen soll. Der geltende Vertrag war bis zum 30. September befristet.

Die gewerkschaftlichen Forderungen umfassen eine Erhöhung der Grund-

heuern und Ueberstundenzahlungen um 25 %, einen Jahresurlaub von 30 Tagen und eine Arbeitswoche von 40 Stunden auf See.

Nach den ersten Berichten haben die Reeder die gewerkschaftlichen Vorschläge abgelehnt und Gegenvorschläge gemacht, welche umfassen: Die Lohnerhöhungen, die das Lohnstabilisierungsamt für die ändern Seeleutegewerkschaften zulassen wird, die 44-Stundenwoche für die nächsten sechs Monate und die 40-Stundenwoche danach, sowie einen Jahresurlaub von 21 Tagen nach einjähriger Beschäftigung durch denselben Reeder.

Die Bezugnahme auf das Lohnstabilisierungsamt ist darauf zurückzuführen, dass dieses Amt gegenwärtig mit einer Prüfung der Lohnerhöhungen beschäftigt ist, welche drei Seeleutegewerkschaften der C.I.O. im vergangenen Jahr gewährt wurden, um abzuklären, ob sie nach den Bestimmungen des Verteidigungs-Produktions-Gesetzes, welches die Lohnerhöhungen beschränkt, zulässig sind.

- - - - -